



Kosovo-Albaner, französischer Kfor-Panzer in Kosovska Mitrovica: Der Hass auf die Schutztruppen steigerte sich von Tag zu Tag

KOSOVO

# Notfalls ein Guerrillakrieg

Die Unruhen in Kosovska Mitrovica sind das Ergebnis der desolaten Uno-Verwaltung. Eine Wirtschaftsmafia übernimmt in der Provinz die Macht, die UÇK rüstet wieder auf.

Noch in der Millenniumsnacht hatte Bernard Kouchner mit einem Ölzweig auf jener Brücke gestanden, die den serbischen Norden und den albanischen Süden der Stadt Kosovska Mitrovica verbindet. Baldigen Frieden zwischen beiden Völkern hatte der Chef der Uno-Verwaltung (Unmik) damals vor laufenden Kameras beschworen. Vergangene Woche begriff der Franzose, dass biblische Symbole und hehre Worte nicht ausreichen werden, um die nominell immer noch zum jugoslawischen Staatsverband gehörende Provinz zu befrieden.

Die Bilder aus der geteilten 100 000-Einwohner-Stadt erinnerten eher an Krieg als an Völkerverständigung: Schwer bewaffnete Kfor-Soldaten rasten mit ihren gepanzerten Fahrzeugen durch die Straßen. Spezialeinheiten stürmten Wohnungen und konfiszierten Waffen. Französische, britische und deutsche Soldaten lieferten sich Feuergefechte mit albanischen Scharfschützen.

Begonnen hatten die Tumulte in einer albanischen Enklave im serbischen Teil. Granaten waren in unmittelbarer Nähe französischer Kfor-Patrouillen explodiert. Wenig später lag die ganze Stadt im Kugelhagel. Bilanz der Unruhen: ein Toter, zahlreiche Schwerverletzte, darunter

zwei französische Kfor-Soldaten, und mehr als 50 Verhaftungen. Nur mit britischer und deutscher Verstärkung ließen sich die aufgebracht Albaner unter Kontrolle halten. Deren Hass auf die französischen Schutztruppen steigerte sich von Tag zu Tag.



Im serbischen Staatsfernsehen wiederum wurden Deutsche und Briten für die Unruhen verantwortlich gemacht. Sie hätten einer Gruppe albanischer Separatisten erlaubt, über die Brücke in den Norden der Stadt einzudringen. Auf dem Kongress der Belgrader Sozialisten unter Slobodan Milošević wurde vergangenen Donnerstag der Rückzug von Kfor und Unmik aus dem Kosovo gefordert.

Die hatten, tags zuvor, den Ausnahmezustand verschärft. Von abends um sechs bis morgens um sechs herrschte Ausgangssperre; die Schulen blieben geschlossen. Insbesondere aber sollten vier große Kfor-Kontrollpunkte zwischen Pristina und Kosovska Mitrovica den Zufluss von Waffen in die Stadt verhindern.

Denn albanische Extremisten wollen nicht nur den serbischen Nordteil der Stadt unter ihre Kontrolle bringen. Immer wahrscheinlicher wird, dass sie für ein unabhängiges Kosovo notfalls auch einen Guerrillakrieg gegen die Nato-Schutzmacht riskieren. Vor allem ehemalige UÇK-Kommandeure sind nicht bereit, sich mit einer marginalen Rolle innerhalb der Uno-Verwaltung abspesen zu lassen.

Ihr Ziel heißt Unabhängigkeit, doch das setzt die alten Untergrundstrukturen und die Auffüllung der geheimen Waffenlager voraus. Dafür bedarf es neuer Finanzierungsquellen. Und die sind selten legal.

Ahmet, ein albanischer Großmarkthändler in Pristina, sitzt in seinem kaum drei Quadratmeter großen Bretterverschlag, den er Büro nennt, inmitten aufgestapelter Konserven und Kartons. Als er sicher ist, dass ihn niemand beobachtet, zieht er aus seiner Brieftasche eine Quittung hervor: „Lesen Sie! 1000 D-Mark Schutzgeld

habe ich gezahlt! Die UÇK hat es mit ihrem Stempel bestätigt.“

Zwei Abgesandte der offiziell aufgelösten Guerrillabewegung hatten die Lagergewölbe der Großmarkthalle unter dem Einkaufszentrum in Priština durchkämmt. Binnen dreier Tage mussten die Kaufleute die geforderten Beträge in bar auftreiben, wenn sie nicht ihre Existenz riskieren wollten.

Jeder zahlte, denn die Erpresser pflegen nicht zu scherzen. Xhevahir Mustafis Laden in Priština brannte ab, weil er zu lange überlegte. Salih K., Juwelier aus Peć, brachte schleunigst 50 000 Mark auf, nachdem in den Läden seiner Nachbarn Sprengsätze detoniert waren. Im Restaurant Skifteri in Priština wurden im vergangenen Dezember die reichsten Geschäftsleute aus dem Kosovo zusammengetrommelt und so lange eingesperrt, bis sie monatlichen Tribut an die UÇK fest versprochen hatten.

Nato und Uno sind an den mafiosen Strukturen nicht unschuldig. Die internationale Polizei fühlt sich häufig von den westlichen Politikern und Funktionären im Stich gelassen.

So hatten sich Bernard Kouchner und Kfor-Kommandeur Klaus Reinhardt beim Albaner-Führer Hashim Thaçi sogar öffentlich entschuldigt, weil Unmik-Polizisten dessen Leibwächter entwaffnet und in der Wohnung von Thaçis Bruder eine Million Dollar konfisziert hatten. Künftig, frohlockte Thaçi nach dem Bußgang, werde sein Stab über geplante Kontrollen vorab informiert.

Es sind nicht allein solche Privilegien der neuen albanischen Elite, die die Menschen im Kosovo verunsichern. Dazu kommen die Unfähigkeit der Uno-Verwaltung, das allgemeine Chaos zu beseitigen, Racheakte zwischen Serben und Albanern sowie wachsende Kriminalität und Korruption.

Nur einem glücklichen Zufall verdankt die Kolonialwarenhändlerin Selma aus dem

Prištiner Stadtteil Kodra e Trimave, dass ihre elfjährige Tochter nicht entführt wurde. Das zierliche, dunkeläugige Mädchen hatte im Geschäft seiner Eltern für kurze Zeit allein bedienen sollen.

Durch das Schaufenster sah es einen schwarzen Jeep mit mehreren Männern langsam die steile Straße herunterrollen. Einer sprang heraus, presste dem Kind ein Tuch, das nach Äther roch, vor den Mund und bedrohte es mit einem auf der Theke liegenden großen Wurstmesser. Als der Mann versuchte, das Mädchen aus dem Laden zu zerren, wurde er offenbar durch Passanten irritiert und floh.

„Warum sind wir aus dem Flüchtlingsasyl in Mazedonien zurückgekehrt, wenn wir hier nicht mehr sicher sind?“, fragt Mutter Selma empört. Etwa hundert albanische Mädchen und junge Frauen sind laut Informationen des Zentrums für Frieden und Toleranz innerhalb eines Monats allein in der Region Priština gekidnappt worden.

Bujar Bukoshi, einst Premier der Exil-Kosovaren, sieht die Welle der Gewalt vom albanischen Geheimdienst SHIK gesteuert. Fast alle gefeuerten Agenten des einst berüchtigten Sigurimi-Geheimdienstes unter Albanien kommunistischem Diktator Enver Hoxha seien nach der Machtübernahme der Sozialisten wieder aktiviert worden.

Bukoshis Informationen zufolge halten sich derzeit etwa 200 hochrangige SHIK-Offiziere im Kosovo auf, darunter Spitzenagent Xhaviti Haliti, engster Berater von Hashim Thaçi und Mitglied der albanischen Delegation bei den Friedensgesprächen von Rambouillet. Ziel sei die Destabilisierung des Kosovo und seine Kontrolle durch Tirana – eine Gangsterwirtschaft wie im Nachbarland setzt sich jetzt schon durch.

Aus Albanien wird, von den Hafenstädten Vlörë, Durrës und Sarandë, in



**Albaner-Führer Thaçi**  
*Privilegien der neuen Elite*

Schlauchbooten mit frisierten Außenbordmotoren alles über die Adria nach Italien geschafft, was im Ausland illegal Arbeit oder Absatz sucht: Prostituierte aus ganz Osteuropa einschließlich des Kosovo, Emigranten aus allen Kontinenten, Boten der Drogenmafia. Bis zu 1500 Mark kostet der knapp dreistündige Trip für Einheimische und Kosovo-Flüchtlinge, 4000 Mark für Chinesen und Kurden.

Polizisten, Zollbeamte und Bootsbesitzer teilen sich den Profit. Und auch mancher Kleinstadt-Sheriff nutzt die Gunst der Stunde. Der Polizeichef von Durrës soll sich, wie Mero Baze, Herausgeber der albanischen Zeitung „Tema“ erzählt, nebenbei einen Harem mit Freudenmädchen aus Moldawien gehalten haben.

Öl-Transporter aus Griechenland rollen via Mazedonien und Albanien ins Kosovo und trotz Embargo weiter nach Serbien. Kosovo-Albaner werden mit harmlosen Busfahrten zu angeblichen Schulungslehrgängen nach Tirana gelockt, wie der Polizei-Inspektor Janoz Terstena berichtet, und dann in griechische, mazedonische, italienische oder türkische Geheimkliniken eingeliefert – zur Organentnahme.

Die Umsätze der internationalen berüchtigten kosovarischen Drogenbosse explodieren seit Kriegsende. Polizeiliche Ermittlungen sind selten, das Bestechen der Ordnungshüter wird in die Gewinnspanne einkalkuliert. Weil die Kfor hunderte Kilometer albanischer Grenze nur sporadisch kontrolliert, sind die Routen der Schmuggler eingefahren wie in einem Reiseführer. Zahlreiche Dörfer leben vom Cannabis-Anbau und von den illegalen Transportdiensten. Nahe Tirana im Dajtit-Gebirge stehen auch zwei geheime Heroin-Fabriken. Eine dritte soll im Kosovo gebaut werden.

Trotz des vehementen Rufs nach Demokratie und Ordnung sieht die Mehrzahl der Albaner in Schwarzmarktgeschäften allenfalls Kavaliersdelikte. Die Alternative heiße Arbeitslosigkeit.

So fährt etwa der Chemiestudent Alush mehrmals wöchentlich mit einem Kleinlas-



**Unmik-Chef Kouchner (M.):** *Biblische Symbole und hehre Worte reichen nicht*

ter nach Montenegro, um Zigaretten zu schmuggeln. Die Billigware aus Mazedonien, Albanien und Serbien wird mit hohen Gewinnen in der Region und auf dem europäischen Markt vertrieben. Alush beliefert die Verteiler für die Kioske im Kosovo. Seine professionellen Kollegen transportieren ihre Konterbande, hauptsächlich Kent- und Marlboro-Kopien, in Lastwagen mit doppeltem Boden.

Wenn sie Pech haben, bleiben sie in langen Staus auf dem engen Gebirgspass zwischen Montenegro und dem Kosovo stecken. Denn über die im Winter häufig vereiste Route rollen auch schwerfällige Sattelschlepper, doppelstöckig beladen mit gestohlenen Fahrzeugen.

Fast wie ab Werk habe er seinen Mercedes mit Automatik bestellt, erzählt Mehmet, Taxifahrer aus Priština. Schlappe 25 000 Mark zahlte er für die drei Monate alte Luxuslimousine. Die Diebe wählten das gewünschte Modell in Deutschland aus.

Der Auto-Schmuggel ist perfekt organisiert. Jedes Hehlernetz ist üblicherweise auf eine bestimmte Fahrzeugmarke spezialisiert. Immer häufiger wird ein Trick angewandt, bei welchem außer der Versicherung jeder gewinnt: Die Eigentümer nehmen die Fahren von Italien nach Montenegro oder Albanien und verkaufen dort das Auto für ein Drittel des Werts an Zwischendealer, allerdings ohne Papiere. Zurück in der Heimat wird der Diebstahl gemeldet und von der Versicherung noch mal voll kassiert.

Hauptproblem für das Kosovo aber bleibt der illegale Waffenfluss. Das Gros wird angeblich aus der Türkei über Albanien geliefert und soll amerikanischer oder israelischer Produktion entstammen. Der albanische Geheimdienst, behaupten Insider, organisiere auch weiter in enger Zusammenarbeit mit ehemaligen UÇK-Führern den Ankauf. Bosnien zähle ebenfalls zu den Lieferanten.

Eine Entwaffnung der Region, sagt der Vizechef der internationalen Polizei im Kosovo, Uwe Schweifer, sei reine Illusion. Da müsse man schon die Tradition der Albaner brechen, wonach die Waffe der treueste Verbündete in allen Lebenslagen sei.

Bestätigt wird dies durch einen Blick in die kosovarische Polizeibilanz. Binnen 24 Stunden wurden eine Panzerabwehrrakete gefunden (in einem privaten albanischen Apartment in Kosovska Mitrovica), 56 Feuerwaffen und eine große Menge Munition beschlagnahmt. Serbische Teenager wurden beim Basketballspiel schwer verletzt, als albanische Jugendliche eine Handgranate zwischen sie warfen, zwei Serben erschossen in ihrem Auto gefunden und zwei Entführungen gemeldet.

„Wir sind bereits zufrieden“, so Schweifer, „wenn der Monatsdurchschnitt konstant bleibt – ein Mord pro Tag.“

RENATE FLOTTAU

RÜSTUNG

# Luftschlacht um England

Großbritannien entscheidet über Waffen für den „Eurofighter“ und ein neues Transportflugzeug. Amerikaner und Europäer kämpfen um die Milliardenaufträge.



Gemeinschaftsjet „Eurofighter“: „Europäische Bewaffnung für europäisches Flugzeug“

Vor zehn Jahren hätte die Entscheidung über solche Rüstungsprojekte den britischen Militärs kein Kopfzerbrechen bereitet. Vor die Wahl gestellt, für die Royal Air Force erprobte Technik aus Amerika zu kaufen oder sich auf papierene Angebote europäischer Firmenkonsortien einzulassen, hätten sie ohne Zaudern in den USA bestellt.

Diesmal ist alles anders: Labour-Premier Tony Blair, seit 1997 im Amt, wirbt in der EU für engere Zusammenarbeit bei Verteidigung und Rüstungsproduktion. So wird die Wahl zwischen amerikanischem und europäischem Kriegsgerät für Militärs und Politiker des Inselreichs zum Gesinnungstest.

Nach mehrmaligem Aufschub soll der Beschaffungsausschuss des Londoner Verteidigungsministeriums diese Woche Empfehlungen für neue Transportflugzeuge und für Raketen zur Bewaffnung des „Eurofighters“ abgeben. Da geht es um viele Milliarden Pfund – und um Weichenstellungen für die europäische Rüstungsindustrie.

Seit Wochen tobt deshalb eine wahre Luftschlacht um England. Blair und sein neuer Verteidigungsminister Geoff Hoon werden mit Werbeflügen aus Washington und europäischen Hauptstädten nachgerade bombardiert.

Die Amerikaner wollen verhindern, dass europäische Rüstungsfirmen noch enger zusammenrücken und zu ernsthaften Konkurrenten für US-Konzerne wie Boeing, Lockheed Martin oder den Raketenhersteller Raytheon werden. So locken US-Präsident Bill Clinton und Wehrminister William Cohen mit dem Angebot, die Briten in traditioneller „special relationship“ an geheimer Waffentechnologie teilhaben zu lassen. Hauptsache, sie vergeben den vorgesehenen Raketen Auftrag im Wert von gut drei Milliarden Mark in die USA – und ebnen so den Weg für weitere Milliarden-geschäfte mit den übrigen „Eurofighter“-Partnerländern Deutschland, Italien und Spanien.

Umgekehrt werben europäische Politiker – von Frankreichs Präsident Jacques Chirac bis zum Berliner SPD-Verteidi-